



Beschlussvorlage

Vorlage: BV/0859/2018		Datum: 19.09.2018	
Bürgermeisterin			
Verfasser:	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Az.: 502001	
Betreff:			
Interessenbekundungsverfahren zum Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit am Bahnhofplatz			
Gremienweg:			
08.11.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt <input type="checkbox"/> Enthaltungen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen
29.10.2018	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt <input type="checkbox"/> Enthaltungen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat stimmt der Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens zum Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit am Bahnhofplatz zu und beauftragt die Verwaltung die eingegangenen Bewerbungen dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

In der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses am 09.08.2018 erfolgte aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 15.03.2018 die Anhörung von zehn Experten aus den Fachbereichen des Ordnungs- und Polizeirechts, Soziales, Bau- und Planungswesen.

Nach Auswertung der Ergebnisse der Expertenanhörung und geführten Gespräche über die Situation am Koblenzer Hauptbahnhof kann die aktuelle Lage zusammenfassend wie folgt beschrieben werden:

Am Koblenzer Bahnhofplatz werden täglich durch eine Gruppe von bis zu 15 bis 30 Personen in der Öffentlichkeit alkoholische Genussmittel konsumiert. Dies führt teilweise zu Belästigungen oder Beleidigungen von Passanten, wodurch das subjektive Sicherheitsgefühl stark eingeschränkt ist. Es wird außerdem die Notdurft im öffentlichen und privaten Raum außerhalb von Toilettenanlagen verrichtet. Bisherige ordnungs- und polizeirechtliche Maßnahmen haben keine positive Veränderung herbeigeführt.

Die Problemlagen der Personen sind multikomplex. Viele Personen haben persönliche und familiäre Schwierigkeiten verbunden mit einer Suchtkrankheit, Schuldsituation und/oder Arbeitslosigkeit und daraus folgende psychische Auffälligkeiten.

Die Experten im Bereich Soziales haben dargestellt, dass ein struktureller und systematischer Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit eine Lösungsmöglichkeit sein könnte.

Die aufsuchende Sozialarbeit konzentriert sich auf Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Angebote der Fachberatungsstellen in Anspruch zu nehmen. Der Kontakt erfolgt an den sozialen Orten der Menschen. Ziel ist es, durch kontinuierlichen Kontakt, Vertrauen aufzubauen und zur Annahme weiterführender Hilfen zu motivieren.

Der Verein „Die Schachtel e.V.“ ist bereits seit vielen Jahren im Bereich der aufsuchenden Sozialarbeit im Stadtgebiet Koblenz tätig. Zwei Sozialarbeiter (insgesamt 1,0 Vollzeitstellen) sind täglich auf den Straßen und Plätzen in Koblenz unterwegs, um Personen in prekären sozialen Lebenslagen an die Hilfesysteme heran zu führen. Dadurch sind den Sozialarbeitern die genannten 15 - 30 Personen am Koblenzer Hauptbahnhof bekannt. Die Stadt Koblenz beteiligt sich seit Jahren an den Personalkosten durch einen jährlichen freiwilligen Zuschuss.

Die aufsuchende Sozialarbeit ist als freiwillige Leistung der Kommunen qualifiziert. Die Zusage an einen freien Träger steht daher unter dem finanziellen Vorbehalt.

Das Amt 50 / Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales hat dem Haupt- und Finanzausschuss am 17.09.2018 die Absicht zur Durchführung des Interessenbekundungsverfahrens zur Kenntnis vorgelegt (siehe UV/0353/2018).

Für die Übernahme dieser Aufgabe wird ein freier Träger gesucht, der in der Region Koblenz verortet ist.

Anlage/n:

Text Interessenbekundungsverfahren